

Die Sowjets in den drei Russischen Revolutionen¹

Von den letzten, für unser Land so schweren Jahren, brachte das Jahr 1993 einen tiefgreifenden Umbruch in den politischen Strukturen der russischen Gesellschaft. Das sowjetische Staatssystem wird nun durch den noch jungen Parlamentarismus und die sich erst herausbildende regionale Selbstverwaltung abgelöst. Es ist heute schwer, eine Bilanz der vergangenen Epoche im Positiven wie im Negativen zu ziehen – die Diskussion ist bestimmt von politischen Leidenschaften. Doch eines steht außer Zweifel: Die Sowjets, die im Feuer des revolutionären Kampfes des russischen Proletariates geboren und nach 1917 zur Grundlage des politischen Systems der UdSSR wurden, sind ein wichtiger und unauslöschlicher Teil des historischen Erbes der Völker Rußlands und der Staaten der GUS, und sie bedürfen einer objektiven und leidenschaftslosen historischen Analyse. Dieser Aufsatz kann keine erschöpfende Darlegung der konkreten Ereignisse leisten, die mit der Entstehung und Tätigkeit der Sowjets im revolutionären Rußland 1905 bis 1917 zusammenhängen. Wir sehen unsere Aufgabe vielmehr darin, die Aufmerksamkeit auf einige Fragen zu lenken, die für das Thema von prinzipieller Bedeutung sind. Wir verzichten daher auch an dieser Stelle auf eine kritische Würdigung der umfangreichen sowjetischen und ausländischen Literatur und des Quellenmaterials zum Thema².

I

Die ersten Sowjets waren ein Produkt der schöpferischen Tätigkeit der revolutionären Massen, vor allem der Arbeiterklasse Rußlands, in der ersten russischen bürgerlich-demokratischen Revolution, und hier besonders in der Hochphase des revolutionären Schwunges von Oktober bis Dezember 1905. Doch die Ursprünge und der Charakter dieses Prozesses lassen sich nur auf dem Hintergrund der allgemeinen sozialen und ökonomischen Entwicklungen in Rußland

- 1 Grundlage dieses Aufsatzes ist ein Vortrag der Autoren auf der internationalen wissenschaftlichen Konferenz „Die Sowjets in den drei russischen Revolutionen (1905-1979)“ (Leningrad, Oktober 1990).
- 2 Detaillierte Bibliographien enthalten die entsprechenden Bände der Istorija rabočego klassa SSSR, Moskau 1981-1989. Siehe außerdem: Sovetskaja istoriografija Fevral'skoj buržuazno-demokratičeskoj revoljucii, Moskau 1979; Sovetskaja istoriografija Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii, Moskau 1981; Gorodeckij, E. N.: Sovetskaja istoriografija Velikogo Oktjabrja 1917 – seredina 30-ch gg., Moskau 1981; ders.: Istoriofatičeskie i istočnikovedčeskie problemy Velikogo Oktjabrja. 1930-1960gg. Moskau 1982.

um die Jahrhundertwende und der Geschichte der Arbeiterbewegung (und der oppositionellen demokratischen Bewegung überhaupt) verstehen.

Die ökonomische, soziale und politische Krise Rußlands Anfang des 20. Jahrhunderts war eine Folge der tiefen Widersprüche zwischen einer relativ intensiven Entwicklung des Kapitalismus und den zahlreichen feudalistischen Relikten sowohl im Wirtschaftssystem (Gutsherrschaft), als auch in den politischen Strukturen des Systems der Selbstherrschaft. Als Folge dieser Krise reifte in Rußland Anfang des 20. Jahrhunderts eine revolutionäre Situation heran, deren aktivste soziale Träger die Arbeiterklasse Rußlands und eine breite Massenbewegung von Proletariat und Bauernschaft waren.

Eine der wichtigsten Aufgaben der sich ankündigenden Revolution wurde die Liquidierung des Systems der Selbstherrschaft, denn die vorausgegangenen Reformen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert hatten nicht zu der grundlegenden Neustrukturierung des politischen Systems in Rußland geführt, die notwendig war, um den Anforderungen einer kapitalistischen und bürgerlichen Entwicklung zu genügen. Das Ergebnis war, daß die reformistische Alternative für die Fortentwicklung Rußlands Anfang des 20. Jahrhunderts von der revolutionären Option in den Hintergrund gedrängt wurde. Dies geschah vor allem unter dem Eindruck der schweren Wirtschaftskrise und des 1904 ausgebrochenen russisch-japanischen Krieges³.

Daß in dieser Situation ausgerechnet die Arbeiterklasse Rußlands in den Vordergrund der politischen Szene rückte und eine so bedeutende Rolle in der demokratischen Oppositionsbewegung spielte, ist kein Zufall. Obwohl sie einen nur relativ geringen Teil der Gesamtbevölkerung ausmachten, verfügten die Industriearbeiter Rußlands, die größtenteils in den industriellen Zentren, vor allem in Moskau und Petersburg, konzentriert waren, bereits Anfang des 20. Jahrhunderts über einen erheblichen Erfahrungsschatz im Klassenkampf mit Zarismus und Industriebourgeoisie, und sie besaßen eine eigene Partei – die RSDRP.

Man muß sich auch vor Augen halten, daß die Arbeiterklasse Rußlands sozial stark diskriminiert war. Die liberalen Reformen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten sie kaum berührt, und die Arbeitsgesetzgebung auf dem industriellen Sektor hinkte ständig den Entwicklungen der Zeit hinterher und regulierte die Beziehungen zwischen Industrieunternehmen und Arbeitern immer nur ungenügend. Die Arbeiter Rußlands verfügten nicht über die elementarsten politischen Rechte: Sie waren nicht an der lokalen (städtischen) Selbstverwaltung beteiligt, denn von der Standeszugehörigkeit her galten die

3 Siehe: *Krizis samoderžavija v Rossii. 1895-1917*, Leningrad 1984.

meisten als Bauern, auch wenn viele von ihnen schon in der zweiten Generation und länger ständig in der Industrie gearbeitet hatten. Sie besaßen kein Streikrecht und kein Recht auf die Gründung eigener proletarischer Klassenorganisationen, welche von den Staatsorganen und den Unternehmern gleichermaßen unterdrückt wurden. Dies mußte einerseits zu einer Politisierung des normalen, rein ökonomischen Kampfes führen, andererseits aber auch zu dem Fehlen jeglicher Grundlage für eine Kooperation mit der Bourgeoisie und einen *trade-unionism* innerhalb der Arbeiterbewegung.

Gleichzeitig zeigt der Mißerfolg der Methoden des „Polizeisozialismus“ und der von der Ochrana gegründeten und kontrollierten Scheinorganisationen (*zubatovščina*) innerhalb der Arbeiterbewegung, daß in der Arbeiterschaft objektiv keine besondere Neigung zur Gründung der üblichen Berufsvereinigungen bestand. In diesem Desinteresse liegt ein Grund für den massenhaften Zulauf zu der von G. P. Gapon in Petersburg ins Leben gerufenen Arbeiterorganisation, die zum Epizentrum der Januarereignisse in Petersburg wurde, dem Auftakt der ersten Russischen Revolution.

Man sollte die Rolle und Bedeutung der russischen Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterschaft am Vorabend der ersten Russischen Revolution nicht überschätzen. Ihre Tätigkeit fand in der Regel Widerhall bei qualifizierten und politisch bewußten Arbeiter, die nur einen geringen, wenn auch den aktivsten und einflußreichsten Teil der russischen Arbeiterschaft ausmachten. Andererseits hat gerade die Arbeiterklasse in ihrer breiten Masse eine führende Rolle in der Anfangsphase der Revolution gespielt, besonders während ihres Auftaktes 1905. Und eine der wichtigsten Errungenschaften dieser massenhaften Bewegung des Proletariates war nicht nur, daß die Arbeiterklasse zur aktivsten und schöpferischsten Kraft der demokratischen Oppositionsbewegung insgesamt wurde, sondern auch, daß sie im Verlaufe der Revolution aus eigener Initiative heraus ihr Recht auf Streik und eigene Klassenorganisationen durchsetzte, die ersten Sowjets der Arbeiterdeputierten und die ersten Gewerkschaften gründete und aktiv für den Achtstundentag und die Liquidierung des Systems der Selbstherrschaft kämpfte.

Während des ganzen Jahres 1905 führte die Arbeiterbewegung ihren Kampf nicht nur für die Erlangung eigener politischer und ökonomischer Rechte, sondern auch für eine umfassende Demokratisierung der russischen Gesellschaft im ganzen und baute so ihre führende Stellung innerhalb der demokratischen Bewegung im Land, die sie Ende des 19. Jahrhunderts erobert hatte, weiter aus. Im Zuge der seit Januar 1905 in Schüben anwachsenden Streikbewegung bildeten sich ganz spontan verschiedenste Streikkomitees, Delegiertenversammlungen, Deputiertenversammlungen etc. und traten in Aktion. Die größten

unter ihnen stellten, wenngleich auch ihre Organisationsstruktur noch nicht ausgereift war, im Kern bereits die ersten Vorläufer der Sowjets der Arbeiterdeputierten dar. Wir denken hier an die Komitees in den Industriebetrieben im Ural, in Ivanovo-Voznesensk und in Kostroma. Ohne ihre Bedeutung schmälern zu wollen, muß man jedoch anmerken, daß sie nur kurze Zeit bestanden haben und von ihrer ganzen Ausrichtung her vor allem den Bedürfnissen der lokalen Streikbewegungen dienten.

Zu einem Massenphänomen wurden die Sowjets erst in den Monaten Oktober bis Dezember 1905, als sie ihr eigenes Profil und ihre eigenen Organisationsformen gewannen und ihre Zahl auf über fünfzig anstieg⁴.

An dieser Stelle wollen wir nun die Tätigkeit des größten und einflußreichsten der Sowjets dieser Periode, des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten, etwas genauer beleuchten, um an seinem Beispiel die allgemeinen Charakteristika und die Besonderheiten dieser neuen politischen Organisationsform herauszuarbeiten. Dies ist um so wichtiger, als ihr bei uns noch bis vor kurzem wenig Aufmerksamkeit zuteil wurde, und man aus rein subjektiven Gründen dazu neigte, ihre Bedeutung herunterzuspielen: etwa wegen der Dominanz der Menševiki und anderer nichtbolševistischen Aktivisten (z.B. Lev Trockij) in den Führungen der Sowjets. Aus diesem Grunde befanden sich noch bis vor kurzem einige bedeutende Forschungsarbeiten, wie etwa das grundlegende Werk von E. Krivošeina⁵, sowie Erinnerungen an den Petersburger Sowjet und Archivmaterialien, in geschlossenen Magazinen. Es sei nur am Rande angemerkt, daß es eine dringliche Aufgabe ist, die Quellen zum Petersburger Sowjet von 1905 ebenso aufzuarbeiten, wie es der Verlag „Nauka“ mit seinem vielbändigen Editionsprojekt zum Petrograder Sowjet von 1917 bereits vormacht.

Der Petersburger Sowjet der Arbeiterdeputierten entstand im Verlauf des allrussischen politischen Generalstreiks im Oktober 1905, an dem neben Industrie- und Eisenbahnarbeitern auch die demokratisch gesinnten städtischen Mittelschichten (Angestellte, Beamte, Intelligencija und Studenten), alles in allem schätzungsweise zwei Millionen Menschen, teilnahmen und durch den der Zarismus zu Zugeständnissen gezwungen wurde: den im Manifest vom 17. Oktober 1905 verkündeten Bürgerrechten und der Einberufung einer gesetzgebenden Staatsduma. Die Initiative zur Schaffung des Petersburger Sowjets kam von unten, von den Arbeitern selbst, von den Mitgliedern der gewählten Fabrik- und Streikkomitees und der Arbeiterzirkel. Fünfunddreißig bis vierzig von

4 Siehe: *Rabočij klass v pervoj rossijskoj revoljucii. 1905-1907 gg.*, Moskau 1981, S. 246f.; *istoričeskij opyt trech rossijskich revoljucij. General'naja repetičija velikogo Oktjabrja. Pervaja buržuazno-demokratičeskaja revoljucija v Rossii*, Moskau 1985, S. 386-404.

5 Krivošeina, E.: *Peterburgskij Sovet rabočich deputatov v 1905 godu*, Moskau 1926. 724 S.

ihnen, Arbeiter der Obuchov- und Semjannikov-Werke und von der Vyborger Seite, versammelten sich am Abend des 13. (26.) Oktober im Technologischen Institut und führten dort die erste Sitzung des Sowjets durch. Sie wandten sich an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hauptstadt mit dem Aufruf, sich zu einem Generalstreik zusammenzuschließen und in ihren Fabriken Deputierte für den Sowjet zu wählen – je einen für 500 Arbeiter. Ihren Namen – „Sowjet der Arbeiterdeputierten“ (*Sovet rabočich deputatov*) – gab sich die neue Organisation der Petersburger Arbeiter auf ihrer dritten Sitzung am 15. Oktober 1905, an der bereits 225 Arbeiter teilnahmen. Nach weiteren Wahlen, die im Oktober und November 1905 durchgeführt wurden, stieg die Zahl der Deputierten des Petersburger Sowjets auf 562, die 147 Industriebetriebe und Fabriken, 34 Handwerksbetriebe und 15 Gewerkschaften repräsentierten und von denen die Mehrheit – 351 Deputierte – aus der politisch aktivsten Gruppe innerhalb der Petersburger Arbeiterschaft stammten, den Metallarbeitern.

Der Petersburger Sowjet war eine überparteiliche Massenorganisation der Arbeiter, in dem sich die aktivsten Mitglieder der Arbeiterzirkel und der noch jungen Gewerkschaften wiederfanden – gewählte Mitglieder der Šidlovskij-Kommission und ehemalige Mitglieder von Gapons „Versammlung russischer Fabrikarbeiter in Petersburg“. Nicht unbedeutend war auch der Einfluß beider sozialdemokratischer Fraktionen, der Menševiki und der Bolš'eviki, die sich, was den Umfang ihrer Aktivitäten in der revolutionären Bewegung 1905 angeht, ungefähr die Waage hielten. In der Anfangsphase unterschätzten übrigens eine Reihe bedeutender Aktivisten der Petersburger Organisation der Bolš'eviki die Rolle und die Bedeutung des Sowjets erheblich, indem sie in ihm lediglich eine Neuauflage der *zubatovščina* sahen. Erst V.I. Lenin erkannte nach seiner Rückkehr nach Rußland im November 1905 die Notwendigkeit einer Kurskorrektur und rief alle Kräfte der revolutionären demokratischen Bewegung zur Einheit und zur Festigung des „linken Blockes“ im Kampf gegen den Zarismus auf.

Alle Deputierten waren direkt von den Arbeitern gewählt und standen daher in enger Verbindung mit ihren Betrieben, wo sie regelmäßig Rechenschaft über ihre Tätigkeit im Sowjet ablegten. Neben den allgemeinen Versammlungen des Sowjets trafen sich jeweils die Deputierten der sieben Stadtbezirke, um die Gründung von Sowjets auf dieser Ebene zu diskutieren. Das Ergebnis war die Gründung der Bezirkssowjets. Die Sitzungen des Sowjets waren öffentlich und fanden mindestens einmal in der Woche statt, zu Zeiten von allgemeinen Streiks täglich. Die Entscheidungen des Sowjets wurden in den „Nachrichten des Sowjets der Arbeiterdeputierten“ veröffentlicht, die eine hohe Auflage erreichten und von den Arbeitern selbst gedruckt wurden – in von ihnen zu diesem Zweck jeweils besetzten Druckereien bürgerlicher Zeitungen.

Schon sehr bald, während der ersten 50 Tagen seines Bestehens, hatte der Petersburger Sowjet eine Anzahl revolutionärer Maßnahmen ergriffen, die zum einen die Willenskraft und Entschlossenheit des Petersburger Proletariates widerspiegeln und zum anderen seinen Einfluß auf die nach dem Beginn des faktischen Zusammenbruchs der alten Ordnung sich etablierende neue revolutionäre Macht sicherten. So verabschiedete der Sowjet auf seiner Sitzung am 19. Oktober ein Dekret über die Einführung der Pressefreiheit. Den Herausgebern von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern wurde es verboten, diese den Zensurbehörden vorzulegen. Wenn ein Verleger dem Dekret nicht Folge leistete, weigerten sich die Arbeiter der betreffenden Druckerei auf Weisung des Sowjets, zu drucken.

Der Sowjet debattierte und entschied auf seinen Sitzungen Fragen, die wichtige Aspekte des täglichen Lebens berührten, wie die Regulierung der Lebensmittelpreise, die Arbeit von Läden und Verkaufsständen, Wohnungsmieten, Hilfe für Arbeitslose und ihre Familien u.ä.m. Den Anweisungen des Petersburger Sowjets leisteten im Oktober und November 1905 sogar Regierungsbehörden Folge. Der neue Vorsitzende des Ministerrates, Sergej Witte, sah sich gezwungen, persönlich eine Delegation des Petersburger Sowjets zu empfangen und ihre Forderungen nach der Freilassung inhaftierter Arbeiter, der Aufhebung von Todesurteilen und der Öffnung der bis dahin geschlossenen Staatsbetriebe zu erfüllen. Während eines Streiks der Telegraphenarbeiter baten staatliche Behörden den Sowjet sogar um Unterstützung bei der Übermittlung amtlicher Telegramme. Innerhalb kurzer Zeit verwandelte sich der Petersburger Sowjet faktisch in eine zweite Regierung, durch die die revolutionären Kräfte sich in der Zitadelle der Macht des Zarismus und der Bourgeoisie, in der Hauptstadt des Reiches, Geltung verschaffen konnten, und es ist kein Zufall, daß die zeitgenössischen Augenzeugen dieses Vorgangs sich an die Pariser Kommune erinnert fühlten. Die „Doppelherrschaft“ des Jahres 1917 hat ihren Vorläufer in diesen Ereignissen des Oktober und November 1905.

All dies erhöhte das Prestige des Petersburger Sowjets nicht nur unter der Bevölkerung der Hauptstadt, sondern im ganzen Land. Der Petersburger Sowjet hielt Kontakt zur Allrussischen Eisenbahnergewerkschaft, zum Allrussischen Bauernbund, zu den Sowjets in Moskau, Reval, Kiev und anderen Städten, sowie zu den entstehenden Gewerkschaften und anderen proletarischen Organisationen. Daher war es nur folgerichtig, daß V. I. Lenin dem Petersburger Sowjet die Rolle einer landesweiten politischen Schaltzentrale zuerkannte und ihn als die „Keimzelle einer provisorischen revolutionären Regierung“ betrachtete⁶. In Le-

6 Lenin V.I.: Poln. sobr. soč., Bd. 12, S. 63.

nins Augen waren der Petersburger und die anderen Sowjets die Verwirklichung der demokratischen und revolutionären Diktatur des Proletariates und der Bauernschaft.

Man muß anmerken, daß der Petersburger Sowjet in seiner praktischen Tätigkeit seine Kräfte manchmal überschätzt hat, z.B. während seines erfolglosen Kampfes um den Achtsturentag im November 1905, als sich die großen Industriellen der Hauptstadt in einem Antiarbeiter-Kartell, der „Petersburger Gesellschaft der Industriellen und Fabrikanten“ gegen die Petersburger Arbeiter zusammenschlossen und mit allgemeinen Aussperrungen drohten. Die men'sevistischen Führer des Exekutivkomitees des Sowjets überschätzten auch seine Möglichkeiten als eine Form kommunaler Selbstverwaltung. Obwohl er auch einzelne Vertreter der Intelligencija in seinen Reihen zählte, blieb der Sowjet in erster Linie eine Klassenorganisation, ein Instrument der revolutionären Machtausübung mit der ihm eigenen, zuweilen ungeordneten und sogar chaotischen Funktionsweise.

Dies alles schwächte den Sowjet und erlaubte schließlich der zaristischen Regierung, die Anfang Dezember ihre Kräfte neu gruppiert hatte und zum Gegenangriff übergegangen war, den Petersburger Sowjet gewaltsam aufzulösen. Seine Führer und Mitglieder wurden verhaftet und bereits 1906 in einem Sonderprozeß abgeurteilt.

Dasselbe Schicksal ereilte 1906 auch die übrigen Sowjets, deren Existenz mit dem System der Selbstherrschaft nicht vereinbar war. Ohne auf ihre Tätigkeit näher einzugehen, die im großen und ganzen der des Petersburger Sowjets glich, wollen wir hier nur darauf hinweisen, daß die Tätigkeit der regionalen Sowjets eng mit dem Anwachsen der Streik- und Oppositionsbewegung und mit den bewaffneten Aufständen gegen den Zarismus Ende 1905 verknüpft war. An verschiedenen Orten – in Moskau, Sevastopol⁷, Krasnojarsk, , Čita, Pjatigorsk und Mineral'nye Vody – entstanden, für sich oder im Verein mit den Arbeitersowjets, Soldaten- und Matrosenräte, in Tver' ein Sowjet der Bauerndeputierten. Während der bewaffneten Aufstände übernahmen die Sowjets der in verschiedenen Regionen gegründeten revolutionären „Republiken“, z.B. in Novorosijsk, Krasnojarsk, Ljubotin und Ruzaevka, die Funktionen der Staatsorgane⁷. Obwohl es der Selbstherrschaft gelang, das Fortschreiten der Revolution aufzuhalten, was sich etwa in dem Anfang 1906 einsetzenden allmählichen Rückgang der Massenbewegung der Arbeiter zeigte, gelang es selbst in den Jahren der Reaktion nicht, die sozialen, ökonomischen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse und der übrigen demokratischen Kräfte in Stadt und Land

7 Siehe: Rabočij klass v pervoj rossijskoj revoljucii, S. 246f.

vollkommen zunichte zu machen⁸. Der Zarismus war gezwungen, sich auf eine begrenzte Reform der gesellschaftlichen und politischen Strukturen des Staates einzulassen. Die Einberufung und Tätigkeit der Staatsduma, die Legalisierung von gesellschaftlichen Organisationen, auch denen der Arbeiter, eine gewisse Modernisierung und Demokratisierung der lokalen Selbstverwaltung und des Gerichtswesens – all dies war das unmittelbare Resultat der breiten demokratischen Bewegung in den Jahren der ersten Revolution, in der die Aktivitäten der ersten Sowjets eine wichtige Rolle gespielt hatten. Gleichzeitig führte die dauernde Unterdrückung von Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen und die Verfolgung von Streikteilnehmern sowohl durch Regierung und Staatsorgane als auch durch das Unternehmerlager in der Phase des neuen revolutionären Aufschwungs 1910 bis 1914 und danach während des Ersten Weltkrieges dazu, daß die Arbeiterbewegung eine in erster Linie politische und antizaristische Richtung einschlug. Es ist kein Zufall, daß bereits 1915 in Petersburg Versuche zu einer Neugründung des Sowjets der Arbeiterdeputierten unternommen wurden. Gelingen sollte dies erst während der Februarrevolution, in der sie dann zu einem mächtigen politischen Faktor wurden.

II

Die Massen selbst schufen im Februar 1917 wiederum die Sowjets, lange bevor irgendeine Partei dazu aufgerufen hätte. Daher muß man unterstreichen, daß die Sowjets keine Kinder des Oktober sind, sondern eine Schöpfung der ersten beiden bürgerlichen Revolutionen. Die bürgerlich-demokratische Februarrevolution führte bekanntermaßen zum Sturz der Selbstherrschaft und zur Abdankung Nikolajs II. Der am 27. Februar 1917 gegründete Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten verfügte von Anfang an über die volle Macht im Land. „Ich bitte Sie, mir zu glauben“, schrieb Anfang März der Kriegsminister der Provisorischen Regierung A.I. Gučkov an General M. V. Alekseev, den Stabschef des Höchstkommmandierenden, „daß die tatsächliche Lage zur Zeit wie folgt ist: 1) Die provisorische Regierung verfügt über keinerlei reale Macht, und ihre Verfügungen werden nur soweit befolgt, wie dies der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten zuläßt, welcher die wichtigsten Elemente der realen Macht: Truppen, das Eisenbahnnetz, die Post- und Telegraphenämter, in seinen Händen hält. Die Provisorische Regierung wird nur solange existieren, wie dies der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten zuläßt. Was das Kriegsministerium im einzelnen betrifft, so ist es inzwischen nur möglich, solche Verfügun-

8 Siehe: Krizis samoderžavija v Rossii.

gen zu treffen, die nicht in einem grundsätzlichen Widerspruch zu den Dekreten des obengenannten Sowjets stehen“⁹.

Im Februar 1917 unterschieden sich die Sowjets wesentlich von ihren Vorgängern, die in den Jahren der ersten Russischen Revolution eigenmächtig gegründet worden waren. Nun führte man sie nicht nur in den Städten und industriellen Zentren, sondern flächendeckend im ganzen Land ein. Im März 1917 existierten in allen Gouvernements und Bezirken Rußlands insgesamt bereits etwa 600 Sowjets, ungefähr zwölfmal so viele wie 1905. Unter ihnen waren 242 Arbeiter- und 116 Soldatenräte. Die soziale Basis der Sowjets hatte sich erheblich verbreitert. In der Zeit der ersten Russischen Revolution waren die meisten Sowjets Räte der Arbeiterdeputierten. Jetzt entstanden in allen Regionen des Landes neben den Sowjets der Arbeiterdeputierten auch solche der Soldaten und der Bauern. Erst im Laufe des März entstanden in 92 Städten vereinigte Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten¹⁰.

Unter der Vielzahl der in dieser Zeit in Rußland entstehenden Klassenorganisationen und Gewerkschaften waren es die Sowjets, die zur führenden politischen Massenorganisation wurden und von Anfang an ihre Rolle als neue Staatsmacht behaupteten. Dabei gelang es den Räten, in denen die Vertreter aller Hauptklassen mit dem Mandat ihrer Wähler den Willen des Volkes zum Ausdruck brachten, nicht nur, die Massen zu einen, sondern sie ergriffen auch eine ganze Reihe von Maßnahmen im Interesse der Werktätigen: die Einführung des Achtstundentages in den Industriebetrieben, die Einführung der Kontrolle über die Produktion und über die Verteilung von Produktion, Materialien, Rohstoffen und Lebensmitteln; die Ernennung von Amtsträgern in Zivilverwaltung, Miliz und Militär, die Einmischung in Lohnfragen u.a.m. Es gibt umfangreiche Literatur zum Kampf der Sowjets um die politische Macht¹¹, doch die soziale Tätigkeit der demokratischen Massen und ihrer Sowjets im Kampf gegen wirtschaftliche Zerrüttung, Hunger usw., ist bisher nur unzureichend erforscht. Nach den Worten eines führenden Men'shevisten, M. L. Liber, ging nach der Revolution auf lokaler Ebene „eine ganze Reihe von Funktionen der Regierungsorgane ... in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über“¹².

9 Petrogradskij sovet rabočich i soldatskich deputatov. Protokoly zasedanij Ispolnitel'nogo komiteta i Bjuro I. K.. Podgotovleno k pečati B. Ja. Nalivajko s predislovijem Ja. A. Jakovleva. Moskau, Leningrad 1925, S. 5.

10 Istoričeskij opyt trech rossijskich revolucij. Sverženie samoderžavija, Moskau 1986, S. 290f.

11 Siehe: Gorodeckij, Istoriograфіčeskie ... problemy, Tab.I, S. 2

12 Izvestija Petrogradskogo Soveta rabočich i soldatskich deputatov, 21. März 1917.

Das oben Gesagte macht die führende Rolle deutlich, die die Sowjets nun im Leben des Landes zu spielen begannen. Doch der revolutionäre Prozess einer Entwicklung hin zur Etablierung eines Machtmonopols der Sowjets vollendete sich zu diesem Zeitpunkt nicht. Die Führungspositionen in der Mehrheit der Sowjets, so auch im Petrograder, nahm der Block der kleinbürgerlichen Parteien ein, deren Führer von der traditionellen Vorstellung ausgingen, daß der sozialökonomische Entwicklungsstand Rußlands ungenügend und die Volksmassen nicht vorbereitet für eine selbständige Teilhabe am historischen Prozeß seien, und die an ein Hinauswachsen der Revolution über den bürgerlich-demokratischen Rahmen gar nicht dachten.

Leider sind objektive Analysen der Sichtweise und Argumentation der men'sevistischen und sozialrevolutionären Führer bis heute Ausnahmereischeinungen in unserer Historiographie. Daher gehören die Erforschung der Programme und der tatsächlichen Rolle der kleinbürgerlichen Parteien bei der Entstehung und Tätigkeit der Sowjets in der ersten und zweiten Russischen Revolution und die Überwindung der schematischen Herangehensweise an ihre Geschichte zu den vorrangigsten Aufgaben der Geschichtswissenschaft. Man muß nur daran erinnern, daß die Geschichte der Entstehung des Petersburger und anderer Sowjets, unter deren Führern viele bekannte Revolutionäre und politische Aktivisten waren, die in den dreißiger Jahren zu „Volksfeinden“ erklärt wurden, über viele Jahrzehnte hin faktisch gefälscht worden ist. Dabei steht fest, daß nur eine vollständige und vor allem den Fakten getreue Analyse der tatsächlichen Bedeutung der verschiedenen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisation es erlauben wird, die Charakteristika und Besonderheiten der Entstehung und Funktionsweise der Sowjets im Zentrum Rußlands und in seinen Regionen herauszuarbeiten.

Unter Ausnutzung der Position, die die sozialrevolutionären und men'sevistischen Führer des Petrograder Sowjets innehatten und mit ihrem Einverständnis bildete bekanntermaßen das bürgerlich-liberale Komitee der Staatsduma die Provisorische Regierung. Im Land entstand eine „Doppelherrschaft“. In dieser Situation nutzten V. I. Lenin und wenig später die Führung der Bol'seviki im ganzen die Gunst der Stunde und sprachen sich gegen die Unterstützung der Provisorischen Regierung und für den Übergang der gesamten Staatsmacht in die Hände der Sowjets aus. In seinen „Aprilthesen“ erklärte Lenin, daß die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten eine der parlamentarischen und demokratischen Republik überlegene Staatsform neuen Typs sei. Gestützt auf die historischen Erfahrungen der Pariser Kommune und der Russischen Revolution Anfang des 20. Jahrhunderts und die komplizierten Realitäten in Rußland im Jahre 1917 miteinbeziehend, führte Lenins Analyse zu einer grundlegenden

Abkehr von den Vorstellungen des Jahres 1905, als man mit einer relativ langen Phase des Kampfes für den Sieg der bürgerlich-liberalen Revolution und, darauffolgend, mit ihrem allmählichen Hinüberwachsen in eine sozialistische Revolution gerechnet hatte. Bei einer solchen Herangehensweise an die Frage nach Wesen und Bedeutung der Sowjets war der Bruch innerhalb des revolutionären Lagers zwischen den maximalistischen Anhängern Lenins einerseits und den Men'seviki und Sozialrevolutionären andererseits faktisch vorgeprogrammiert. Die radikalen Schlüsse, die Lenin in bezug auf die Sowjets gezogen hatte, wurden zu einem Axiom, das viele Jahre lang die Sichtweise der russischen Historiker nicht nur auf die Sowjets selbst, sondern auf jede beliebige soziale und politische Erscheinung und auf den gesamten weiteren Gang der Geschichte unseres Landes geprägt hat. „Was wäre mit der Partei, mit der Revolution, mit dem Marxismus geschehen“, fragt etwa der berühmte „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (b)“, „wenn Lenin sich vor den Buchstaben des Marxismus gebeugt und sich nicht entschieden hätte, einen der alten, durch Engels formulierten Grundsätze des Marxismus durch die neue Lehre von der Sowjetrepublik zu ersetzen, die der neuen historischen Situation entsprach?“ Und der „Lehrgang“ gibt auch gleich die autoritative Antwort: „Die Partei wäre im Dunkel umhergeirrt, die Sowjets wären desorganisiert gewesen, wir hätten keine Sowjetmacht, die marxistische Theorie hätte einen schweren Schlag erlitten. Das Proletariat hätte verloren, und die Feinde des Proletariates hätten den Sieg davongetragen“¹³.

An Axiome glaubt man bekanntermaßen ohne Einwände, und sie bedürfen keines Beweises. Doch wenn man die Leninsche These auf dem Hintergrund einer mehr als siebzigjährigen Erfahrung mit der Existenz von Sowjets und vom Standpunkt der heutigen politischen Theorie und Praxis aus betrachtet, so erweist sich ihre Argumentation keineswegs als über jeden Zweifel erhaben und wirft zum mindesten eine ganze Reihe von Fragen auf. Ohne hier eine ins einzelne gehende Analyse dieser These vorzunehmen, was das Thema eines eigenen Aufsatzes oder sogar einer Monographie sein könnte, wollen wir lediglich die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß eine objektivere Herangehensweise bei der Erforschung des Parlamentarismus und der Sowjetdemokratie, die in unserer Literatur grundsätzlich diametral gegeneinander gestellt und mit dem kapitalistischen bzw. sozialistischen Gesellschaftssystem gleichgesetzt werden, unumgänglich ist. Genauso muß man von dem ebenfalls mit den langjährigen ideologischen Erfordernissen zusammenhängenden Hang wegkommen, jede

13 Istorija Vsesojuznoj Kommunističeskoj Partii (bol'sevikov). Kratkij kurs. Auflage von 1938, S. 341.

abweichende Meinung über politische Institutionen und die Demokratie überhaupt als „konterrevolutionär“ und „antisowjetisch“ zu bezeichnen. Wichtig ist es auch, die Verabsolutierung des klassenmäßigen Ansatzes bei der Erforschung der Geschichte der Räte und ihrer Rolle als angeblich einzige authentische Organe der direkten und umfassenden Volksherrschaft zu überwinden. Und schließlich bedarf in unseren Augen auch die Geschichte der praktischen Tätigkeit der Räte als einer prinzipiell neuen Form der Machtausübung unbedingt einer kritischen Revision. In Lenins Vorstellung stellten sie einen Staatsapparat dar, der die Möglichkeit geben sollte, „die Vorteile des Parlamentarismus mit denen der unmittelbaren direkten Demokratie zu vereinen, d.h. in der Gestalt der gewählten Volksvertreter die Funktionen der Legislative und der Exekutive zu vereinen“¹⁴. Doch aus einer ganzen Reihe objektiver und subjektiver Gründe vermochten die Sowjets weder die Prinzipien der direkten Demokratie voll zu realisieren noch ein zivilisiertes Funktionieren des traditionellen Systems der parlamentarischen Demokratie sicherzustellen.

Doch, wie N. V. Volobuev richtig bemerkt hat, die letzten Endes entscheidende Haltung der Volksmassen bei der von Februar bis Oktober 1917 anstehenden Frage, welcher Weg der historischen Entwicklung nun einzuschlagen sei, war in vielem durch den praktischen Kampf für die Befriedigung ihrer unmittelbaren Nöte und Interessen bestimmt, für die Stärkung der Demokratie und das Ausscheiden aus dem Krieg¹⁵. Sowohl in den ersten Revolutionsmonaten als auch später waren sie immer bemüht, den „einfachsten“ und am wenigsten beschwerlichen Weg zu gehen. Als ein solcher Weg, und dies nicht ohne Grund, wie selbst Lenin anerkannte, bot sich die Bildung einer auf dem Block der Kadetten, Sozialrevolutionäre und Men'seviki basierenden Koalition an¹⁶, d.h. der Zusammenschluß der Sowjets und der bürgerlichen Machtorgane unter der Führung der Provisorischen Regierung. Da er mit dieser Möglichkeit rechnete, unterbreitete Lenin in dieser Situation den Sozialrevolutionären und Men'seviki den Vorschlag, auf dem Wege gewaltloser, revolutionär-demokratischer Reformen, die durch die alleinige Herrschaft der Sowjets durchgeführt werden sollten, zum Sozialismus zu kommen. Die Bol'seviki wollten in diesen Sowjets die Oppositionsrolle einnehmen. Leider wurde dieser Vorschlag, der in den „Aprilthesen“ gemacht wurde, abgelehnt. Das Ergebnis war, daß sich der Bruch innerhalb des revolutionären Lagers weiter vertiefte, der durch die Absage der Bol'seviki an den

14 Lenin, V. I.: Poln. sobr. soč., Bd. 34, S. 304f.

15 Volobuev, P. V.: Vybor putej obščestvennogo razvitija: teorija, istorija, sovremennost', Moskau 1987, S. 177.

16 Siehe: Lenin, V. I.: Poln. sobr. soč., Bd. 32, S. 383.

Vorschlag der Men'seviki vom 4. April, einen Vereinigungsparteitag durchzuführen, ausgelöst worden war.

Die Versuche, eine friedliche Entwicklung und Verbreitung der Revolution unter den Bedingungen der „Doppelherrschaft“ zu ermöglichen, zogen sich bis in die ersten Julitage hin, als die sozialrevolutionäre und men'sevistische Führung der zentralen Organe der Sowjets, die eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien eingegangen war, unter dem Eindruck der sich rapide verschärfenden politischen Krise ihre gesamte Macht an die Provisorische Regierung abtrat. Der weitere Fortgang der historischen Ereignisse: die Niederschlagung des Kornilov-Putsches, die Aufdeckung der Kontakte der Putschistengeneräle mit den Führern der Kadetten und der versöhnlerischen Rolle der Men'seviki und Sozialrevolutionäre, die ernsthafte Erschütterung der Macht der Provisorischen Regierung, die zunehmende Aktivität der nationalen Befreiungsbewegungen, die Eroberung der Mehrheit in den Sowjets der beiden Hauptstädte und vieler Regionen durch die Bol'seviki, das massenhafte Überlaufen von Armee-Einheiten und Garnisonen auf die Seite der Bol'seviki – all dies führte zu einer radikal neuen Lage im Land. Die Weigerung der sozialrevolutionären und men'sevistischen Führer, den Kompromißvorschlag für eine friedliche Eroberung der Macht durch die Sowjets anzunehmen, änderte auch den Sinn der Losung „Alle Macht den Sowjets“: Von einer Formel für eine friedliche Entwicklung wandelte sie sich zu einem Aufruf zum bewaffneten Aufstand mit dem Ziel, die Diktatur des Proletariates zu erkämpfen.

Im Oktober 1917 existierten in Rußland insgesamt etwa 1400 Sowjets. Auf den im ganzen Land im Herbst stattfindenden Tagungen der Sowjets auf regionaler und Gouvernementebeene wurde eine wichtige Veränderung der Kräfteverhältnisse im Land deutlich: Die überwiegende Mehrheit der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sprach sich für die Übernahme der gesamten staatlichen Macht durch die Sowjets aus. Etwa zwei Drittel der 383 Städte des Zarenreiches befanden sich in der Einflußsphäre der Sowjets. Am 30. September konstatierte die sozialrevolutionäre Zeitung „Sache des Volkes“ (*Delo naroda*), daß „die Sowjets der Deputierten in der Mehrheit der großen Städte in die Hände der Bol'seviki übergegangen sind“. Nur wenige Tage später, am 5. Oktober brachten die von den Men'seviki kontrollierten „Nachrichten des Zentralen Exekutivkomitees“ (*Izvestija CIK*) dieselbe Meldung und bemerkten, daß die Bol'seviki die „Mehrheit der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“ erobert hätten.

Bis weit in den Herbst des Jahres 1917 hinein existierten die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und die der Bauern unabhängig voneinander. Erst Mitte November, im Rahmen der Arbeit des Außerordentlichen Bauernkon-

gresses, wurde ein erster Beschluß zu einem paritätischen Zusammenschluß des Exekutivkomitees der Sowjets der Bauerndeputierten mit dem Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten gefaßt, der wenig später vom zweiten Allrussischen Kongreß der Vertreter der Bauernsowjets verabschiedet wurde. Trotzdem kann man alles in allem davon ausgehen, daß das politische System einer Sowjetherrschaft mit einem gesamtstaatlichen Zentralorgan, dem Allrussischen Kongreß der Sowjets, an der Spitze in seinen Grundzügen bereits in der Periode von Februar bis Oktober entstanden ist.

Obwohl man den stürmischen Prozeß der Bol'sevisierung der Sowjets als historische Tatsache anerkennen muß, trifft unserer Meinung nach die Feststellung V. I. Starcevs, es habe sich dabei um ein „echtes Referendum“¹⁷ gehandelt, nicht zu. Besser fundiert und differenzierter erscheint uns die Position P. V. Volobuevs, der zu bedenken gibt, daß es unrichtig und reines Wunschdenken sei, davon auszugehen, daß die Massen, insbesondere die Bauern, eine bewußte Wahl für den Sozialismus getroffen hätten. Abgesehen von der Minderheit der politisch bewußten Arbeiter trat die breite Masse der Bevölkerung des Landes für die Demokratie und gegen die Konterrevolution ein, für soziale Gerechtigkeit und das Ausscheiden aus dem Krieg, aber keinesfalls für den proletarischen Sozialismus¹⁸.

In diesem Zusammenhang ist die Frage nach möglichen Alternativen für die gesellschaftliche und politische Entwicklung Rußlands im Jahre 1917 interessant. Ausgehend von den Macht- und Klassenverhältnissen im Land, ist sich die Mehrheit der russischen Historiker (P. V. Volobuev, V. I. Starcev u.a.) heute darüber einig, daß am Vorabend des Oktober bereits keine reale Alternative zu den Sowjets mehr existiert habe. Einige Forscher (G.Z. Ioffe u.a.) sind der Meinung, daß es trotz allem eine demokratische Alternative gegeben habe. Sie argumentieren dahingehend, daß im Laufe des Jahres 1917 mehrmals die Möglichkeit bestanden habe, einen politischen Kompromiß auf der Basis des von Julij Martov unterbreiteten Vorschlags zu einer Vereinigung aller demokratischen Kräfte und zur Bildung einer sozialistischen Koalitionsregierung zu erzielen¹⁹.

In Anbetracht der seit dieser Zeit angehäuften historischen Erfahrung und der modernen Forschungsansätze wird die vertiefte Analyse der Möglichkeiten einer alternativen Entwicklung im Rahmen eines vereinten „linken Blockes“ zu einer

17 Starcev, V.I.: Partija bol'sevikov v kanun Oktjabrja, in: Kommunist. 1990, Nr. 12, S. 21.

18 Siehe: Volobuev, Vybor, S. 179.

19 Siehe: Ioffe, G. Z.: Lenin i Martov: druz'ja-vragi, in: Argumenty i fakty, 1990, Nr. 17, S. 6.

vorrangigen Aufgabe der Historiographie. Dabei gilt es, die Aufmerksamkeit auf die Erforschung nicht nur der politischen, sondern auch der sozialen Basis des „linken Blockes“ und auf die „Tendenz aller Parteien des revolutionär-demokratischen Lagers zur Zusammenarbeit“ zu lenken²⁰. Äußerst wichtig erscheint die spezielle Erforschung von Lenins Taktik eines „linken Blockes“ in den verschiedenen Etappen der revolutionären Bewegung in Rußland, und zwar vor wie nach der Oktoberrevolution. Besonders müssen Ursachen und Verlauf der Entwicklung von Lenins Politik im Hinblick auf die Sowjets zwischen 1905 und 1917 herausgearbeitet werden. Daß dies so wichtig ist, wird verständlich, wenn man sich eine Aussage aus seinem Brief an „Neues Leben“, das Zentralorgan der RSDRP, vom 2.-4. November 1905 über „Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten“ vor Augen hält. Lenin schrieb dort: „Mir scheint, daß es unvernünftig seitens des Sowjets wäre, sich vollständig an eine bestimmte Partei zu binden“. Er gestand ein, daß „diese Meinung die Leser höchstwahrscheinlich verwundert“, und legte daraufhin detailliert auseinander, daß es wichtig für den Sowjet sei, seine Deputierten nicht nur aus der Arbeiterschaft zu rekrutieren, sondern darüber hinaus erstens unter den Matrosen und Soldaten, zweitens aus der revolutionären Bauernschaft und drittens aus der revolutionären bürgerlichen Intelligencija²¹.

Es ist unübersehbar, daß die tatsächliche Entwicklung der Sowjets nicht zwangsläufig vorherbestimmt war, sondern mehr als einmal eine ganz andere Richtung hätte einschlagen können – wenn etwa die russischen Bauern im Sommer 1917 das Bodengesetz bekommen hätten, das in seinen Grundzügen der sozialrevolutionäre Theoretiker und Führer V.M. Černov, Landwirtschaftsminister in der Provisorischen Regierung, ausgearbeitet hatte; oder wenn der Außenminister der Provisorischen Regierung und Führer der Kadetten P. N. Miljukov nicht auf der Erfüllung der Bündnispflichten gegenüber der Entente und auf der Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland bestanden hätte, obwohl er praktisch bereits über keine funktionstüchtige Armee mehr verfügte. Der damalige Oberkommandierende der Streitkräfte, A.I. Verchovskij, schrieb später, daß das Dekret über den Frieden wie Aladins Wunderlampe funktioniert habe: Wer ihn befreit, dem wird der Dschinn auch dienen. Und wieviele verpaßte Gelegenheiten gab es für die Bildung einer breiten sozialistischen Koalitionsregierung – nicht nur hypothetische, sondern sehr reale?

20 Volobuev, O.; Kulešov, S. ; Šelochaev, V.: Istoriko-partijnaja nauka: uslovija razvitija, in: Komunist, 1989, Nr. 16, S. 42.

21 Lenin, V.I.: Poln. sobr. soč., Bd. 12, S. 62, 66.

Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage: „Wer ist schuld?“, nämlich an der Nichtwahrnehmung der Möglichkeiten für eine Kooperation der demokratischen und sozialistischen Parteien, müssen unserer Auffassung nach die konkreten historischen Bedingungen der Zeit sowie die russische Sonderentwicklung überhaupt und insbesondere um die Jahrhundertwende an erster Stelle genannt werden. Rußland erlebte alles in allem nur etwa ein halbes Jahrhundert lang eine relativ normale bürgerlich-demokratische Entwicklung. Im Gegensatz zu Europa fehlte es an funktionstüchtigen und eigenständigen Mechanismen der kommunalen Selbstverwaltung und an selbstverwalteten und unabhängigen Religionsgemeinschaften. Die russische Staatsduma war das schwache Abbild der westeuropäischen Parlamente, und ihre Existenz dauerte nicht viel länger als ein Jahrzehnt. All dies konnte keine wirkliche und dauerhafte Verankerung demokratischer Institutionen und Rechte bewirken. Daran ist nichts Erstaunliches. Die Forderung nach politischen Rechten ist untrennbar mit einer bestimmten Kultur und Gesellschaft verbunden, und eine solche Kultur konnte es in Rußland Anfang des 20. Jahrhunderts, bei einer Analphabetenrate von 75% in einer Bevölkerung, deren ältere Generation noch leibeigen geboren worden war, nicht geben.

Man kann nicht umhin festzustellen, daß in einer Situation wie im Herbst 1917, als sich die Spannungen zwischen den Nationalitäten und Klassen verschärften, die Idee des „Bürgerkrieges“ für die Führer vieler Parteien näher lag als die des „zivilen Friedens“. Denn es fehlten ein elementares gesellschaftliches Bewußtsein und politische Kultur, es fehlten Erfahrungen mit stabilen demokratischen Formen und der Aushandlung von sozialen Kompromissen, die die zivilisierte Lösung der verschiedensten Konflikte und Widersprüche ermöglichen, d.h. es mangelte an dem, was M. Ja. Gefter in einer geglückten Formulierung die „Strukturen des politischen Konsenses“ genannt hat. Die politischen Ambitionen und praktische Unfähigkeit der einen und der Maximalismus und die mangelnde Kompromißbereitschaft der anderen brachten das Land an den Rand der Katastrophe.

Nur wenig später entschlossen sich die Bol'sheviki in dieser allgemeinen gesellschaftlichen Krise endgültig für den bewaffneten Aufstand.